

In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland

- **Musterrede für
Redner der CDU
zum Staatsvertrag,
zur deutschen Einheit
und zur Wahl 90**

Perspektiven der deutschen Einheit

Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages hat das Rad der Geschichte Schwung bekommen. Wir sind der deutschen Einheit ein gutes Stück näher gekommen.

Niemand zweifelt mehr daran, daß sie kommt. Alle Parteien treffen die erforderlichen Vorbereitungen. Die CDU wird auf ihrem Parteitag am 1. und 2. Oktober in Hamburg den organisatorischen Zusammenschluß zu einer gesamtdeutschen Christlich Demokratischen Union vollziehen.

Der nächste Schritt schon können gesamtdeutsche Wahlen sein.

Es ist richtig, den Blick schon auf diese Wahl zu richten, bei der es um eine der bedeutenden Weichenstellungen in der Geschichte unseres Volkes geht. Sie vollendet die Einheit Deutschlands.

● „Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“

Zum ersten Mal können wir gemeinsam mit unseren Landsleuten in der DDR einen deutschen Staat schaffen, in dem Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gelten; einen Staat, der Wohlstand und soziale Sicherheit für alle ermöglicht. Wir stehen vor der einmaligen Chance, das ganze Deutschland in ein geeintes und friedliches Europa einzubringen.

Nach über 40 Jahren der Trennung durch Mauer und Stacheldraht, nach Kaltem Krieg und Abschreckung haben wir jetzt die Chance, von der Friedenserhaltung zur gemeinsamen Friedensgestaltung überzugehen. Die deutsche und europäische Einigung macht den Weg frei für ein Europa der Achtung füreinander, des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit.

Bessere Perspektiven hatte noch keine Generation in Deutschland vor uns.

Wer jetzt bereit ist, sich zu engagieren, kann mitarbeiten am Aufbau eines Europa der kulturellen Vielfalt, der Demokratie und der Menschenrechte, und an einem Europa, in dem Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle verwirklicht werden können.

● „Chancen für die Jugend“

No future ist out. Die Kreativität, die Phantasie und der Unternehmungsgeist der Jugend erhalten neue Chancen. Ein Deutschland ohne Grenzen, der Wegfall der Grenzen in ganz Europa verheißt für sie auch eine grenzenlose Zukunft.

Die deutsche Einheit macht den Weg frei für eine Umweltgemeinschaft, die in ganz Europa Grenzen überwindet.

Der Abbau des Ost-West-Konfliktes setzt Mittel frei, die wir für den globalen Umweltschutz und die Linderung von Hunger und Elend in der Dritten Welt nutzen können.

Den Bürgern zu erklären, was die deutsche Einheit für uns alle bedeutet, ist eine der wichtigen Aufgaben der CDU in der vor uns liegenden Zeit.

Wider besseres Wissen versucht die SPD, den Wählern Angst vor der Einheit zu machen. Die Vereinigung komme zu schnell. Die Währungsunion käme die Bundesbürger teuer zu stehen. Wohlstand und Stabilität seien in Gefahr.

Gegen diese Angstkampagne müssen wir eine Kampagne der Argumente setzen.

● „Chancen statt Risiken“

Die deutsche Einheit ist nicht nur eine Frage des Herzens. Sie ist auch eine Frage der Vernunft.

Gegen die Risikodiskussion der SPD müssen wir die Chancendiskussion setzen.

- Keinem wird etwas weggenommen.
- Niemand muß auf irgendetwas verzichten.
- Es wird keine Steuererhöhungen geben.
- Die D-Mark bleibt stabil.
- Kein Arbeitsplatz wird durch die Einheit gefährdet.

Im Gegenteil: Am Ergebnis des Einigungsprozesses wird kein Deutscher ärmer, sondern uns allen wird es gemeinsam besser gehen. Die deutsche Einheit ist ein Zukunftsprogramm für Deutschland und Europa.

Die deutsche Einheit bietet nicht nur unseren Landsleuten in der DDR die Chance, die marode sozialistische Planwirtschaft endlich zu überwinden und ein Leben in Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit zu führen.

Auch den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland wird die deutsche Einigung unmittelbar zugutekommen. Nicht nur im Gebiet der heutigen DDR, sondern auch hier bei uns wird es nach Einschätzung aller Experten zu einem erheblichen Wirtschaftsaufschwung kommen.

● „Wachstum und Arbeit“

Jede D-Mark, die dort investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft Deutschlands. Die deutsche Einigung wird wie ein riesiges Investitionsprogramm wirken. Neue Absatzchancen werden eröffnet, neue Arbeitsplätze entstehen, neue Wachstumsimpulse werden belebend auf die gesamte deutsche Wirtschaft wirken.

Darüber hinaus wird sich die deutsche Einigung auch positiv für die Europäische Gemeinschaft auswirken. Im Schlußkommuniqué des EG-Gipfels von Dublin heißt es: „Der Europäische Rat ist überzeugt, daß diese Eingliederung (der DDR) zu einem rascheren Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft beitragen wird.“

● „Umweltgemeinschaft“

Die deutsche Einheit bietet die Möglichkeit, im Umweltschutz einen entscheidenden Schritt nach vorne zu tun. Jahrzehntlang ist in der DDR Sozialismus auf Kosten der Umwelt betrieben worden; die ökologischen Schäden sind immens. Aber ebenso gravierend sind die Auswirkungen dieser katastrophalen Versäumnisse auf die Bundesrepublik Deutschland: Umweltverschmutzung macht an Grenzen nicht Halt. Unsere erheblichen Anstrengungen zur Reinhaltung der Gewässer und der Luft können nicht den gewünschten Erfolg haben, wenn immer neue Belastungen aus dem Gebiet der heutigen DDR auftreten. Die deutsche Einheit bietet die Chance, die hohen bundesdeutschen Standards jetzt auch im Gebiet der DDR anzuwenden. Mit moderner Umwelttechnik kann jetzt in Angriff genommen werden, was über Jahrzehnte zu Lasten der Umwelt versäumt worden ist. Wir brauchen die deutsche Einheit — auch der Umwelt zuliebe.

Staatsvertrag

Der Staatsvertrag bringt die Ökologische Soziale Marktwirtschaft in die DDR. Sie beseitigt den Sozialismus und damit den größten Umweltzerstörer. Dies zeigt die Bilanz der Umweltschäden in ganz Osteuropa. Der „real existierende Sozialismus“ war ein real „ruinierender“ Sozialismus für die Wirtschaft und für die Umwelt.

● „Nachbesserungen?“

Nicht die Einheit ist ein Risiko, sondern die SPD, die nicht in der Lage ist, die Chancen zur Einheit zu nutzen. Die Nachbesserungsforderungen der SPD zum Staatsvertrag waren politische Placebos.

Nichts macht dies deutlicher als die Forderung der SPD nach der Umweltgemeinschaft mit der DDR. Fast zeitgleich mit dieser Forderung legte Bundesumweltminister Töpfer den kompletten Entwurf eines deutschen Umweltrahmengesetzes vor. 300 Millionen für gemeinsame Umweltprojekte waren bereits im Bundeshaushalt 1990 vorgesehen. Weitere 600 Millionen im Nachtragshaushalt 1990.

● „Zu früh?“

Der Staatsvertrag mußte in Kraft gesetzt werden; ohne Wenn und Aber, damit die Menschen in der DDR bleiben und sich dort eine Zukunft aufbauen können. Jetzt kommt die D-Mark zu den Landsleuten in die DDR, damit sie nicht zur D-Mark kommen müssen.

Das Tempo wurde durch die Entwicklung der Ereignisse in der DDR

bestimmt. Wir erinnern uns alle noch an das starke Anwachsen des Übersiedlerstroms in den ersten Monaten dieses Jahres.

Ein langsames Vorgehen hätte nur den Startschuß für den Wirtschaftsaufschwung in der DDR verzögert. Dadurch wäre ein erneutes Ansteigen der Übersiedlerzahlen wahrscheinlich geworden. Und damit wären letztlich auch die Kosten für uns höher.

Im übrigen haben SPD-Vertreter in Ost und West auf das Tempo gedrängt. Der Termin 1. Juli wurde von Ingrid Matthäus-Maier schon im Februar in die Welt gesetzt (s. Spiegel vom 26. 2. 1990). Und am 23. Februar 1990 forderte Ibrahim Böhme — damals noch Vorsitzender der Ost-SPD — auf dem SPD-Parteitag in Leipzig ebenfalls die Einführung der D-Mark zum 1. Juli. Und die Deutsche Presseagentur berichtete am 1. März über die Forderungen des SPD-Wirtschaftsexperten Wolfgang Roth nach einem Umstellungskurs 1:1 möglichst noch vor dem 1. Juli.

● „Zu großzügig?“

Bei den Verhandlungen über diesen Staatsvertrag haben nicht fremde Staaten miteinander verhandelt, sondern Landsleute und Freunde, die sich nicht länger entfremden lassen, sondern in Zukunft in einem Land zusammenleben wollen.

Deshalb bietet der Staatsvertrag den Menschen in der DDR ein faires Angebot. Er bietet Hilfe zur Selbsthilfe. Die Menschen in der DDR wollen auf die Dauer nichts geschenkt haben. Sie wollen und sollen sich ihre Zukunft selbst erarbeiten. Der Staatsvertrag bietet hierfür eine solide Grundlage.

Die Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland dürfen sich jetzt nicht gegeneinander ausspielen lassen. Sie müssen aufeinander Rücksicht nehmen und dürfen sich gegenseitig nicht überfordern. Sie werden in Zukunft in einem Staat zusammenleben. Es ist in ihrem eigenen Interesse, jetzt Vernunft und Augenmaß walten zu lassen. Dies tut der Staatsvertrag. Er ist großzügig. Aber gleichzeitig berücksichtigt er die Stabilität der Mark und die Wahrung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Wir Deutschen müssen jetzt zusammenstehen und eine gemeinsame Zukunft gestalten.

Dazu gehört es, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin zur Solidarität mit unseren Landsleuten in der DDR bereit sind und nicht vergessen, daß den Menschen in der DDR vierzig Jahre lang gewaltsam verwehrt wurde, so zu leben wie die Deutschen in der Bundesrepublik.

Dies heißt aber auch für die Bürger der DDR: wechselt nicht das Wünschenswerte mit dem Machbaren. Erwartet nicht alles, was es heute in der Bundesrepublik Deutschland gibt, jetzt und sofort. Denken Sie daran, daß der Wohlstand in der Bundesrepublik hart erarbeitet werden mußte.

Millionen von Menschen haben über viele Jahre hinweg durch ihren Fleiß und ihre Leistungsbereitschaft dazu beigetragen. Nichts wurde ihnen geschenkt!

● „Zu große Lasten?“

Die Belastungen des Staatsvertrages sind angesichts der Wirtschafts- und Finanzkraft der Bundesrepublik ohne weiteres tragbar.

Die deutsche Einheit entlastet langfristig den Steuerzahler; die bisher notwendigen Kosten, die für die Milderung der Folgen der Teilung aufzubringen waren, können künftig eingespart werden.

40 Milliarden Mark, die bisher jährlich aus Steuermitteln wegen der Teilung ausgegeben werden mußten, können nun für unsere gemeinsame Zukunft verwendet werden.

Der Investitionsbedarf in der DDR ist groß — aber er geht nicht in erster Linie zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Die DDR ist ein hochinteressanter Markt für Investoren. Für Großunternehmen gleichermaßen wie für den Mittelstand. Bundesdeutsche, westeuropäische, aber auch amerikanische und japanische Unternehmen sind bereit, viele Milliarden DM zu investieren, sobald die gesetzlichen Möglichkeiten gegeben sind.

Auch die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland sind vor keine unlösbaren Probleme gestellt. Steuerexperten erwarten für Bund, Länder und Gemeinden bis 1993 Steuermehreinnahmen von rd. 115 Milliarden DM. Durch Umschichtungen und Einsparungen wie z. B. bei den Verteidigungslasten werden die notwendigen Finanzmittel durchaus aufzubringen sein. Selbst eine Erhöhung der staatlichen Nettoneuverschuldung wäre als unbedenklich anzusehen, weil sie eine Vorfinanzierung künftig erhöhter Einnahmen darstellt.

Das Volumen des deutschen Kapitalmarktes beträgt jährlich rund 300 Milliarden DM. Rund 130 Milliarden DM Kapital haben wir in den letzten beiden Jahren exportiert. Wir benötigen einen Teil einen kleinen Teil dieses Kapitalexports, um die zusätzlichen Investitionsaufgaben finanzieren zu können. Diese Mittel werden bald wieder zu günstigeren Konditionen zur Verfügung stehen.

Die Stabilität der Mark ist gesichert. Die Voraussetzungen dafür sind im Staatsvertrag geschaffen: Die Bundesbank behält die volle Souveränität über die Geldschöpfung und die Geldpolitik im neuen gesamtdeutschen Wirtschaftsraum.

Nie war die Zeit günstiger, um die mit der Einheit verbundenen Kosten tragen zu können.

Der deutsche Einigungsprozeß fällt bei uns in eine Zeit der längsten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Nachkriegszeit. Das

Bruttosozialprodukt, die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, ist im ersten Vierteljahr dieses Jahres um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Alle Konjunktursignale stehen auf grün: Die Wirtschaft wächst, die Investitionen steigen, die Preise bleiben stabil, der positive Beschäftigungstrend hält an.

Deutsche Einheit

Eins ist gewiß richtig: Die rasche Umwandlung einer sozialistischen Kommandowirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie in Deutschland erleben werden, ist weltweit ohne Beispiel. Niemand kann auf Modelle und Erfahrungswerte zurückgreifen.

● „CDU: Partei für Aufbauzeiten“

Wir befinden uns in einer Umbruchsituation. Es kommt darauf an, aus dem Umbruch einen Aufbruch zu machen.

Die CDU hat bewiesen, daß sie die dafür nötige Kompetenz und das notwendige Stehvermögen hat.

Sie hat die Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg mit der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards zum Wohlstand geführt — gegen den Widerstand der Sozialdemokraten.

Sie hat die Bundesrepublik an die Seite der westlichen Demokratien geführt — gegen den Widerstand der Sozialdemokraten — und damit Freiheit und Frieden gesichert.

Sie hat die europäische Einheit gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt und damit ein weltweit einmaliges Modell für Frieden und Aussöhnung zwischen den Völkern mitgeschaffen.

1982 hat die CDU nach 13 Jahren sozialdemokratischer Mißwirtschaft das Steuer herumgeworfen und eine beispiellose Aufschwungphase in der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet.

Niemand sagt, daß die Einheit umsonst und ohne Anstrengung zu haben ist. Sie erfordert einen klaren politischen Kurs, Kontinuität und Seriosität. Die CDU hat bewiesen, daß sie eine Partei für Aufbauzeiten ist. Wenn's drauf ankommt, ist die CDU da.

● „Festhalten am Grundgesetz“

Riskant wäre es jetzt, unser Grundgesetz zur Disposition zu stellen. Es ist die beste Verfassung, die wir Deutschen jemals hatten. Sie bietet auch in einem geeinten Deutschland die Gewähr für innen- und außenpolitische Stabilität. Die CDU sagt Nein zu Spielereien mit dem Grundgesetz.

● „Den Zeitpunkt nicht verpassen“

Der Schritt zur vollen deutschen Einheit muß von der freigewählten Regierung der DDR getan werden; sie bestimmt letztlich über den Zeitpunkt. Aber wir dürfen den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen, weil wir sonst eine möglicherweise einmalige historische Chance nicht nutzen würden.

Wir treten für einen frühen Zeitpunkt der Einheit ein.

Ich nenne dafür vier Gründe:

● Jede Mark, die länger als nötig in die Zweistaatlichkeit investiert wird, ist eine Fehlinvestition. Je länger der Einigungsprozeß dauert, desto mehr Energie und Finanzmittel werden darauf verwendet, Teil- und Zwischenlösungen, Provisorien und Kompromisse zu finden und zu bezahlen. Alle anstehenden Probleme werden künftig um so besser gelöst werden können, je eher sie in einem gesamtdeutschen Rahmen angegangen werden.

● Die rasche, volle Verwirklichung der deutschen Einheit mit einem gemeinsamen Parlament, mit einer gemeinsamen Regierung und einer gemeinsamen Verwaltung ist die demokratische Konsequenz aus dem Staatsvertrag.

● Die Menschen in der DDR brauchen die Gewißheit, daß der eingeleitete Prozeß des grundlegenden Wandels ihrer wirtschaftlichen und politischen Lebensverhältnisse unumkehrbar ist. Diese Gewißheit verschafft ihnen nur die volle staatliche Einheit. Nur in einem geeinten Deutschland sind alle Versuche — z. B. der PDS — zum Scheitern verurteilt, den begonnenen Prozeß des Wandels in Zweifel zu ziehen und Ängste und Mißtrauen zu schüren.

● Die internationale Situation für die Herstellung der Einheit Deutschlands ist günstig wie nie zuvor: Für die Zwei-plus-vier-Gespräche ist ein kurzfristiger Fahrplan vereinbart, die Partner in der EG unterstützen unsere Ziele, die Wiener Abrüstungsverhandlungen werden mit neuen Impulsen fortgeführt, eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands trifft bei unseren östlichen Nachbarn zunehmend auf Zustimmung. Diese günstige außenpolitische Konstellation ist nicht beliebig herbeizuführen; wir Deutschen müssen sie nutzen, solange sich diese historische Chance uns bietet.

Auseinandersetzung mit der SPD

Die Wahl stellt die Weichen für Deutschlands Zukunft bis weit ins nächste Jahrtausend hinein. In dieser Situation kommt es auf die Handlungsfähigkeit der Regierung an.

Die Politik ist europaweit und weltweit in Bewegung gekommen; bisher vertraute Konstellationen verändern sich, neue Entwicklungen bahnen sich

an. Anders als bei zurückliegenden Wahlen zu Europa-, Länder- und Bundesparlamenten wird bei der bevorstehenden Wahlentscheidung niemand sagen können, es komme eigentlich nicht so sehr darauf an, ob man überhaupt und wen man wählen werde. Diese Wahl eignet sich nicht für Experimente und kleinlichen Protest.

● „Lafontaine: der falsche Mann zur falschen Zeit“

In dieser Situation präsentieren sich die Sozialdemokraten völlig kopflos und richtungslos. In der Person Oskar Lafontaines hat sich die Sozialdemokratie einem Kandidaten unterworfen, der mit der deutschen Einheit nichts anzufangen weiß und folglich auch über kein Konzept zur Einheit verfügt. Das Programm „Fortschritt 90“ ist längst von den Realitäten überholt und ins Parteiarchiv verwiesen worden. Was übrigbleibt, ist eine reine Strategie der Konfrontation zum Regierungskurs.

In der „Zeit“ vom 1. Juni stellt Theo Sommer fest: „Lafontaine wäre wohl schon in normalen Zeiten der falsche Kanzlerkandidat. Heute aber sind die Zeiten nicht normal. Lafontaine ist mit einem Mal der falsche Mann zur falschen Zeit.“

Es ist das Problem der SPD, wenn sie an Lafontaine als Kanzlerkandidat festhält. Aber die Bürger der Bundesrepublik Deutschland sollte es aufrütteln, wenn einer der bedeutendsten Zeitgeschichtler der Bundesrepublik Deutschland und enger Berater Willy Brandts, Prof. Arnulf Baring, schreibt, Lafontaine sei für Deutschland völlig ungeeignet. Lafontaine betreibe „Angstgeschäfte“, „Effekthascherei“, er sei „unernst und kleinkariert, sein Politikverständnis bloße Schlaumeierei“, und er sei ein „Schickimicki“. Lafontaine ist nicht der Vordenker seiner Partei, sondern ein Kreuz- und Querdenker.

Noch vor einem halben Jahr forderte Lafontaine die Bundesregierung zu mehr Tempo auf; dann ging ihm alles zu schnell. Er verlangte einmal eine rasche „Antwort auf das Währungsproblem“ und wollte dann den Staatsvertrag verzögern. Erst wollte er die SPD-Bundestagsfraktion zwingen, den Staatsvertrag im Bundestag abzulehnen und ihn im Bundesrat durchgehen lassen. Jetzt ist er wieder davon abgerückt. Gleichwohl lehnt er jede Mitverantwortung ab.

Statt den Staatsvertrag will er jetzt Vogel als Parteivorsitzenden abschießen. Lafontaine geht es nicht um verantwortliches Mitgestalten. Nicht staatspolitische Verantwortung bestimmt den Kurs der Sozialdemokraten, sondern das Machtkalkül und die Wahlkampfstrategie ihres Kanzlerkandidaten. Das Verhalten der SPD läuft in Wahrheit auf Politikverweigerung hinaus.

Gegen die Hoffnungen der Menschen setzt Lafontaine aus parteitaktischem Kalkül auf Krise; er spekuliert auf ein Scheitern des Einheitsprozesses. Wie

kann jemand Kanzler eines geeinten Deutschland sein, der auf das Scheitern der Einheit setzt?

Deutschland braucht jetzt Vertrauen im In- und Ausland, nicht Angst und Mißtrauen, die durch Lafontaine verbreitet werden.

Osteuropäische Staatsmänner wie z. B. Václav Havel und der frühere ungarische Außenminister Gyula Horn begrüßen die deutsche Einheit, und Lafontaine, der Kanzler eines geeinten Deutschland werden will, zeichnet ausgerechnet in Frankreich das Gespenst eines „Vierten Reichs“ an die Wand.

Die Hoffnung, die der tschechoslowakische Staatspräsident Václav Havel am 15. März ausdrückte, ist das Ziel, das wir Deutsche mit der Einheit verbinden, unser „schöpferisches Potential einzubringen in die Erneuerung der globalen menschlichen Verantwortung“.

● „SPD: Versagen in der Wirtschaftspolitik und kein solides Sozialkonzept“

Daß Sozialisten nichts von der Wirtschaft verstehen, haben sie in Osteuropa bewiesen.

Daß die Sozialdemokraten nichts von der Wirtschaft verstehen, haben sie ebenfalls bewiesen, denn sie haben die Bundesrepublik Deutschland in die tiefste Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen geführt. Deshalb wollen sie mit der CDU auch nicht in der Wirtschaftspolitik, sondern mit sozialen Fragen in Wettbewerb treten.

Dieser Auseinandersetzung können wir gelassen entgegensehen. Zwischen der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Landes und seiner sozialen Sicherheit besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Soziale Sicherheit ist ohne wirtschaftlichen Erfolg nicht zu finanzieren; umgekehrt wird ein Land wirtschaftlich nicht prosperieren können, wenn es von sozialen Spannungen geschüttelt wird.

Eine gute Wirtschaftspolitik und eine gute Sozialpolitik gehören zusammen: Das ist die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialdemokraten haben dies nie verstanden. Sie traten in den 70er Jahren an, die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft zu testen. Als sie abtreten mußten, hinterließen sie nicht nur eine schrumpfende Wirtschaft, sondern ebenso an den Rand des Ruins gewirtschaftete Sozialkassen. Die Sozialdemokraten verstehen nichts von der Marktwirtschaft und nichts von der Sozialen Marktwirtschaft. Im Grundsatzprogramm der SPD-West taucht der Begriff Soziale Marktwirtschaft nicht auf. Und der neue SPD-Vorsitzende in der DDR, Wolfgang Thierse, hat bei seiner Wahl am 9. Juni in Halle die SPD aufgefordert, zum Begriff des Sozialismus zurückzukehren.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Gegenteil von sozialistischer Marx- und Murkwirtschaft.

Die CDU braucht sich auch beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ nicht zu verstecken:

Keine Regierung hat für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit mehr Geld zur Verfügung stellen können als die Regierung Helmut Kohl. Unter keiner Regierung waren die Renten so hoch und gleichzeitig so stabil wie unter dieser. Und während noch unter jeder Regierung in der Vergangenheit die Gesundheitskosten anstiegen, hat es diese Regierung erstmals geschafft, durch eine mutige Reform die Kostenschraube in die andere Richtung zu drehen und gleichzeitig noch Mittel freizumachen für Pflegebedürftige und Pflegende.

Die SPD müßte sich eigentlich einen neuen Parteinamen suchen:

Das „S“ kann sie nicht für sich in Anspruch nehmen, denn wer keine Wirtschaftskompetenz hat, hat auch keine soziale Kompetenz.

Das „D“ kann niemand in Anspruch nehmen, der nicht eindeutig für die Einheit ist.

Und eigentlich müßte die SPD auch das „P“ streichen, wenn sie ihre Identität und ihre Selbstachtung dem Machtkalkül ihres Kanzlerkandidaten opfert.

Tatsächlich gleicht die SPD heute auch mehr einem Tanzbären, der von seinem Kanzlerkandidaten am Nasenring geführt wird, als einer selbstbewußten und handlungsfähigen Partei.

Wahlkampf 90

Von Deutschland verstehen wir mehr! Dies müssen wir im vor uns liegenden Wahlkampf deutlich machen.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen will ich einen letzten, wichtigen Punkt nicht unerwähnt lassen: Die deutsche Einigung ist ohne jeden Zweifel das **zentrale** politische Thema des Jahres 1990. Aber wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als sei dies das absolut **einzige** Thema deutscher Politik.

● „CDU: Bürgernah“

Mit der Herstellung der deutschen Einheit sind andere Themen wie Arbeit, Umwelt, Wohnung, Pflege, Familie, Kinder oder Rente nicht gleichsam miterledigt. Es darf beim Wähler nicht das Gefühl entstehen, die CDU habe für die Alltagsorgen der Menschen hier in der Bundesrepublik Deutschland keinen Blick mehr. Wer dringend eine größere Wohnung sucht, der läßt sich nicht durch den Hinweis vertrösten, daß in der DDR alles noch viel schlimmer sei und dort deshalb zuerst geholfen werden muß. Mit anderen Worten: Wir dürfen unser Engagement für Deutschland nicht mit einer Forderung nach Solidarität befrachten, durch die Menschen **überfordert** werden.

Deshalb planen wir für den Spätsommer die Aktion „Dialogwochen der CDU“. Wir stellen uns vor, daß in jedem Kreisverband vielfältige Veranstaltungsserien durchgeführt werden, in der die Alltagsprobleme der Bürger möglichst konkret aufgegriffen werden.

Ziel der Veranstaltungen ist es, mit dem Bürger zu sprechen und nicht nur vor ihm oder gar an ihm vorbei.

● „CDU verwirklicht ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa“

Liebe Freunde, es macht keinen Sinn, die Geschwindigkeit der Entwicklungen zu beklagen. Wir haben die Chance der deutschen Einheit jetzt, und wir müssen sie jetzt nutzen. Es kommt darauf an, die Herausforderungen, die sich uns stellen, anzunehmen und aktiv zu gestalten. Die CDU Deutschlands ist gerüstet, die Aufgaben, die vor uns liegen, zu meistern.

Die CDU ist die Partei Konrad Adenauers und Ludwig Erhards.

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat die erfolgreichste Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsordnung der Welt geschaffen.

Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit, und sie ist die große deutsche Europapartei.

Mit Helmut Kohl und Lothar de Maizière an der Spitze verwirklicht die CDU jetzt die Vision Konrad Adenauers: „In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland“.